



EUROPA UNION  
DEUTSCHLAND

KREISVERBAND STEINFURT

Europa gemeinsam gestalten!



## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Europa-Union,

zuweilen wünscht man sich, gewisse Dinge hätten nie stattgefunden. Dann bräuchte man nämlich nicht über Katastrophen wie die von Japan zu berichten. Doch die hohen Opferzahlen und schweren Verwüstungen sind traurige Realität, und noch immer steht das Land am Rande einer atomaren Katastrophe. Dass das Ereignis auch uns Europäer betrifft, zeigt die Debatte um den Atomausstieg. Denn angesichts der rauchenden Atommeiler von Fukushima stellt sich auch in Europa erneut die Frage: Kernenergie – Ja oder Nein?

Die Frage nach dem Für und Wider stellt sich auch angesichts des Militäreinsatzes gegen den Machthaber Libyens, Muammar al-Gaddafi. Aber abgesehen davon, ob es dem Westen gelingt, eine baldige Entscheidung durch Luftangriffe und Sanktionen zu erzwingen, macht das unkoordinierte Vorgehen einzelner europäischer Staaten – Frankreichs frühe de-facto Anerkennung libyscher Oppositionsgruppen oder Deutschlands Stimmenthaltung im UN-Sicherheitsrat – eines schon jetzt deutlich: Dass es zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union noch ein weiter Weg ist.

Doch können zehn Jahre europäische Sicherheitspolitik einfach so in mehreren Jahrzehnten entwickelte nationalstaatliche Außenpolitik mit all ihren Verflechtungen und innenpolitischen Zwängen hinwegwischen? Wohl kaum. Natürlich soll das nichts entschuldigen, aber es hilft zu verstehen und trägt zu einer nüchternen Betrachtungsweise bei. Und gerade diese ist im Moment erforderlich – damit aus der Libyen-Frage keine Sackgasse wird.



Noch die große Liebe?

Und damit: Gute Unterhaltung bei dieser Ausgabe des Info-Briefes

### Eurokrise/ Finanzpolitik

#### Europäische Union beschließt ständigen Euro-Krisenfonds

Auf dem Brüsseler EU-Gipfel haben die 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 25. März die Einrichtung eines ständigen Euro-Krisenfonds beschlossen.

Damit wird der der bisherige Euro-Rettungsschirm, der offiziell die Bezeichnung „Provisorische Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF) trägt, ab Juli 2013 durch den ständigen „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) abgelöst.

Letzterer wird aller Voraussicht über eine Kapitalbasis von 700 Milliarden Euro verfügen. Davon werden 620 Mrd. Euro als Garantie- und potentiell abrufbares Kapital sowie 80 Mrd. Euro als Sicherheit gestellt.

Die 80 Mrd. Euro sind in Form einer Bareinlage zur Bereitstellung eines Eigenkapitals vorgesehen. Ein solcher Kapitalstock ist notwendig, damit der Rettungsfonds von den großen Ratingagenturen die höchste Bonitätsnote AAA erhält. Diese Bewertung wiederum ist Voraussetzung dafür, dass im Rahmen des Rettungsschirmes an den Kapitalmärkten zu bestmöglichen Konditionen Kredite aufgenommen werden können.

Deutschland, das neben seinem Bürgschaftsanteil von über 168 Milliarden Euro den Großteil der Bareinlage stellen wird (22 Mrd. Euro), konnte im letzten Moment durchsetzen, dass die Raten für die Bar-

einlage gleichmäßig auf fünf Jahre verteilt werden. Ursprünglich sollte die Hälfte des Betrags bis 2013 überwiesen werden. Für Beobachter stehen die Forderung der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Wahlen zum deutschen Bundestag im Jahr 2013 und Haushaltsverhandlungen im Bundestag.



Weiterhin einigte man sich in Brüssel auf eine Verschärfung des EU-Stabilitätspaktes: Künftig werden Staaten nicht nur mit Geldstrafen belegt, wenn die jährliche Neuverschuldung drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes übersteigt („Maastricht-Kriterien“), sondern auch wenn die Gesamtverschuldung bei über 60 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt. Automatische Sanktionen soll es aber auch in Zukunft nicht geben.

Als eine – wenngleich freiwillige – Maßnahme kündigten die Euro-Länder an, sich zukünftig enger in der Sozial-, Steuer- und Haushaltspolitik abzustimmen. Diesem "Pakt für den Euro" schlossen sich Dänemark, Polen, Bulgarien, Rumänien sowie Lettland und Litauen als Nicht-Euro-Länder an.

Nun müssen die 27 Mitgliedsstaaten die Änderungen ratifizieren, denn: Der künftige Rettungsschirm wirkt sich direkt auf bestehende Artikel des Lissabon-Vertrags aus. Wenn jedoch alles reibungslos verläuft, kann die geänderte Fassung des EU-Vertrags und damit der ständige Rettungsschirm am 1. Januar 2013 in Aktion treten.

### Hintergrund: Der Euro-Rettungsschirm

**Mai/Juni 2010:** Vor dem Hintergrund der griechischen Schuldenkrise richtet die EU die „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF) ein, eine Zweckgesellschaft, deren Gesellschafter die 17 Länder der Euro-Gruppe sind. Es wird vereinbart, dass diese Länder im Notfall anteilig Bürgschaften für Kredite übernehmen, die von der Zweckgesellschaft an den Kapitalmärkten aufgenommen und zu günstigen Zinskonditionen an das Land weitergeleitet werden, das von Zahlungsunfähigkeit bedroht ist. Als maximale Garantiesumme wird ein Betrag in Höhe von 440 Mrd. Euro festgesetzt. (Dieser wird im März 2011 auf 500 Mrd. Euro heraufgesetzt.)

Kreditmittel aus der EU, der „European Financial Stability Mechanism“ (EFSM), in Höhe von 60 Mrd. Euro und des Internationalen Währungsfonds (ca. 220 Mrd. Euro) verstärken den Rettungsschirm, der somit aus drei Komponenten besteht.

**Oktober 2010:** Während eines Gipfels schlagen Frankreich und Deutschland ein ständiges System zur Krisenbewältigung in der Eurozone vor. Es zeichnet sich eine Änderung des EU-Vertrages ab.

**Dezember 2010:** Nach Ausarbeitung einer „ständigen Strategie für die Eurozone“ durch die Europäische Kommission, mit der von Zahlungsunfähigkeit bedrohte Länder unterstützt werden sollen, einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs darauf, ab 2013 ein ständiges finanzielles Sicherheitsnetz zu schaffen.

**November 2010:** Als erstem Land der Euro-Gruppe werden Irland Kredite in Höhe von 85 Mrd. Euro zugesagt. Das Geld soll zur Behebung der Bankenkrise und zur Sanierung des Staatshaushaltes dienen und wird ab 2011 ausgezahlt (bisher ca. 10 Mrd. Euro überwiesen).

**April 2011:** Nach anfänglichem Zögern begibt sich Portugal unter den EU-Rettungsschirm. Nach ersten Schätzungen benötigt das Land 80 Mrd. Euro zur Konsolidierung des Staatshaushaltes. Bis Mitte Mai soll das Hilfspaket stehen.

Die EFSF im Internet: <http://www.efsf.europa.eu/about/index.htm>

Der Euro

### Büsingen und der Euro

Wir befinden uns im Jahre 2011 n. Chr. Ganz Deutschland wird vom Euro beherrscht ... Ganz Deutschland? Nein! Eine von unbeugsamen Germanen bevölkerte Gemeinde hört nicht auf, dem Euro Widerstand zu leisten.



Die Rede ist von der 1400 Einwohner zählenden Gemeinde Büsingen am Hochrhein. Das Besondere an diesem Ort: Zwar gehört Büsingen dem Baden-Württembergischen Landkreis Konstanz und damit dem Hoheits- sowie Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland an. Doch ist es völlig von Schweizer Staatsgebiet in Form der Kantone Schaffhausen sowie, südlich des Rheins, Zürich und Thurgau umschlossen, womit es die einzige Exklave der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Und das hat Folgen für die Akzeptanz des Euro beim Büsinger Bürger: Denn mag der Euro de jure das offizielle Zahlungsmittel in Büsingen sein – de facto schert das die Einheimischen wenig. Da sie ihr Geld zumeist im Schweizer Umland verdienen und demzufolge in Schweizer Franken entlohnt werden, bezahlen sie „zu Hause in Deutschland“ zumeist mit der Schweizer Währung.

Wen das stört, der kann in Büsingen natürlich auch in Euro zahlen, etwa an der billigsten Tankstelle Deutschlands (und der einzigen in Büsingen). Da der kleine Ort nämlich zum schweizerischen Zollgebiet gehört, ist auch der Benzinpreis auf Schweizer Niveau – und dieses liegt deutlich tiefer als in Deutschland.

#### Verbraucherschutz

### **Der Streit um „Neuartige Lebensmittel“: Fleisch von Klon-Nachkommen bleibt in der EU erlaubt und ohne Kennzeichnung**

Nach einem 12-stündigen Verhandlungsmarathon gaben am 29. März Sprecher von Kommission, Rat und EU-Parlament bekannt, dass die Verhandlungen über eine überarbeitete Neuregelung der seit 1997 bestehenden Richtlinie für neuartige Lebensmittel („Novel-Food-Verordnung“) gescheitert seien.

Bei den Verhandlungen, die sich über drei Jahre hinzogen, ging es um die Frage, ob Fleisch, Fleischprodukte oder Milch, die von Nachkommen geklonter Tiere stammen (Tier-Klone selbst oder deren Milch dürfen in der EU nicht verkauft noch dorthin eingeführt werden), weiterhin auf dem europäischen Lebensmittelmarkt gehandelt werden dürfen oder ob für diese Produkte eine Kennzeichnungspflicht eingeführt werden soll.

Letzteres hatte das Europa-Parlament gefordert, nachdem in den Verhandlungen mit Rat und Kommission deutlich geworden war, dass beide einem totalen Verbot von Lebensmitteln, in denen Fleisch- oder Milchprodukte von Klon-Nachkommen enthalten sind, in jedem Fall ihre Zustimmung verweigert hätten.

Doch auch zu einer Kennzeichnung der entsprechenden Produkte konnten Rat und Kommission sich nicht durchringen. Der Ungar Sándor Fazekas, Minister für die Entwicklung des ländlichen Raums, verwies darauf, dass es keine Lösung sein könne, „einen Stammbaum für jede Scheibe Käse oder Salsami“ zu erstellen und die Haltung des Parlaments nur dazu angetan sei, einen „ausgewachsenen Handelskrieg“ zu riskieren. Damit spielte er auf Staaten wie etwa die USA an, in denen Klonfleisch bereits zugelassen und im Handel ist.

EU-Parlamentarier hingegen kritisierten die aus ihrer Sicht kompromisslose Haltung des Rates. Darüber hinaus bezeichnete die Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt (SPD) die Haltung Deutschlands in dieser Frage als „starrsinnig, arrogant und fast verachtungsvoll“. Hintergrund hierfür: Trotz Unstimmigkeiten innerhalb der Koalition hatte sich die deutsche Regierung, speziell das Wirtschaftsministerium, bis zuletzt ebenfalls gegen eine Kennzeichnungspflicht ausgesprochen.

Das jetzige Scheitern bedeutet eine völlige Neuaufnahme der Verhandlungen. Das bedeutet: Bis zu einer endgültigen Einigung dürften erneut Jahre vergehen. Bis dahin bleibt die „Novel-Food-Verordnung“ von 1997 in Kraft.

Klonen (klon, altgriechisch für Zweig, Spross) bezeichnet die ungeschlechtliche, künstliche Vermehrung eines vollständigen Organismus oder wesentlicher Teile davon, ausgehend von genetischer Information (DNA), die einem bereits existierenden Organismus entnommen wird.



Studie von 2008 über das Klonen von Tieren durch die Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA): <http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/sc080724.htm>



Klonschaf Dolly (\*1997; †2003)

## EUFOR-Libya

Angesichts des Libyen-Konfliktes hat die EU am 1. April die Operation „EUFOR Libya“ ins Leben gerufen. Damit will die Union an der Evakuierung von Kriegsflüchtlingen mitwirken und humanitäre Organisationen bei deren Arbeit unterstützen.

Rechtsgrundlage ist die UN-Resolution 1973 zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung, die der UN-Sicherheitsrat am 17. März verabschiedet hatte. Aufgrund dessen sollen Operationen nur dann durchgeführt werden, wenn eine konkrete Anfrage durch OCHA, das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten bei der UNO, vorliegt.



Wie bisher bekannt wurde, sind für die anstehenden Einsätze Mittel in Höhe von 7,9 Mio. Euro bereitgestellt worden. Das Kommando übernimmt der italienische Konteradmiral Claudio Gaudiosi, das Hauptquartier soll in Rom eingerichtet werden.

Deutschland, das mit seiner Enthaltung zur Resolution 1973 (Flugverbotszone über Libyen) im UN-Sicherheitsrat am 17. März bei seinen Bündnispartnern für schwere Irritationen gesorgt hatte, will sich im Bedarfsfall an der EUFOR-Mission beteiligen. In welchem Umfang ist bisher unklar. Außenminister Guido Westerwelle schloss am Rande einer Sitzung der EU-Außenminister in Luxemburg am 12. April jedoch erneut aus, dass deutsche Soldaten sich an Kampfhandlungen in Libyen beteiligen werden.

## Hintergrund

Im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) führt die Europäische Union seit ca. zehn Jahren wiederholt befristete Militäroperationen durch, deren Schwerpunkt zumeist in der Unterstützung oder Durchsetzung ziviler bzw. humanitärer Maßnahmen liegt.



### Beispiele für derzeit laufende Operationen:

#### **EUFOR – Operation Althea (seit 2004)**

Einsatzgebiet: Bosnien und Herzegowina  
Missionsziel: Mithilfe bei der Umsetzung des Dayton-Friedenabkommens, Festsetzung von Kriegsverbrechern

#### **EU NAVFOR Somalia – Operation Atalanta (seit 2008)**

Einsatzgebiet: Somalia / Horn von Afrika  
Missionsziel: Schutz von humanitären Hilfslieferungen nach Somalia, Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika



## Themenjahr

### **Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011**

„Freiwillig. Etwas bewegen“ – Unter diesem Motto finden in diesem Jahr auf europäischer und nationaler Ebene zahlreiche Veranstaltungen rund um das bürgerschaftliche Engagement statt. Das Themenjahr, das von der EU-Kommission ins Leben gerufen wurde, richtet sich insbesondere an aktive und potentielle Freiwillige, Entscheidungsträger und die Zivilgesellschaft.

Ziel ist es, den Menschen ins Bewusstsein zu rufen, wie wichtig ehrenamtliches Engagement für die Gesellschaft ist. Gleichzeitig soll gezeigt werden, wie bestehende Hindernisse für die Freiwilligentätigkeit in der EU abgebaut und Freiwilligenorganisationen gestärkt werden können. Finanziell fördert die Kommission das Themenjahr, das am 8. Januar mit einer Auftaktveranstaltung in Budapest begonnen hat, mit 8 Mio. Euro.

Mehr zum Europäischen Jahr und einzelnen Veranstaltungen:  
<http://europa.eu/volunteering/de> und <http://www.eif2011.de>



## Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Steinfurt

Bis auf den letzten Platz gefüllt war das Heimathaus Ibbenbüren, als der Kreisverband Steinfurt am 30. April seine alljährliche Mitgliederversammlung durchführte.

Dies war in erster Linie der Gastvortragenden des Abends geschuldet: Der Kreisverband hatte die Bundestagsabgeordnete und Vize-Präsidentin der Europa-Union Deutschland, Frau Dr. Eva Högl, dafür gewinnen können, zum Thema Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu referieren.

Sachkundig, eloquent und anschaulich skizzierte sie die Veränderungen und Wanderungsbewegungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt und erläuterte die sich daraus ergebenden Konflikte und Chancen für die Menschen in Europa und Deutschland.



Gastrednerin Frau Dr. Högl (Mitte) und Vorstandsmitglieder des Kreisverbandes

Im Anschluss ergab sich eine angeregte Diskussion, bei der auch tagespolitisch aktuelle Themen (Atomenergie, Libyenkonflikt, Belgien-Krise) zur Sprache kamen.

Der „formelle Akt“ beschloss den Abend: Der Geschäftsführer des Kreisverbandes, Helmut Heuing, konnte in seinem Geschäftsbericht einen erfreulichen Zuwachs der Mitgliederzahlen vermelden und Kassenführer Heinz Gehrke schloss seinen Bericht mit einem kurzen und präzisen „Kasse stimmt“.

## Termine des Kreisverbandes Steinfurt und auf Landesebene NRW der Europa-Union

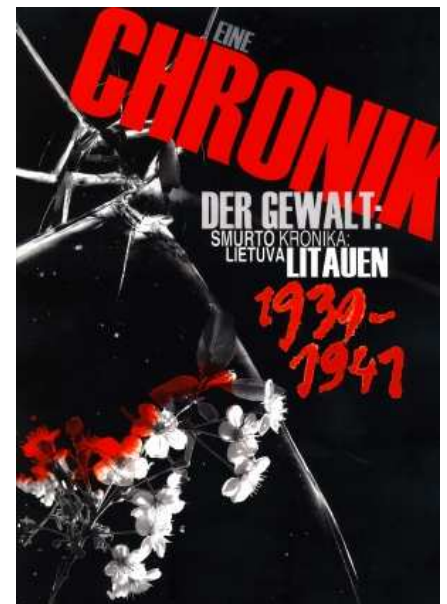
Kreisverband Steinfurt:

- **09. Mai:** Eröffnung der Ausstellung "Chronik der Gewalt" um 16 Uhr in der Kreisverwaltung in Steinfurt. →
- Thema: Der Genozid in Litauen in den Jahren 1939-1941 →

Landesebene NRW (Auswahl):

- **03. - 10. Mai:** Slowakische Woche in Monheim am Rhein
- **10. Mai:** Kreisverband EUD Geilenkirchen, Vortrag: NATO-Strategie und die EU

(Weitere Termine: <http://www.europa-union.net/veranstaltungen.html>)



*Bis zum nächsten Info-Brief!*



*Ihr Kreisverband Steinfurt der Europa-Union*

Europa-Union Deutschland  
Kreisverband Steinfurt  
Tecklenburger Str. 10  
48565 Steinfurt

Vorsitzender: Rolf Cyprian, Wetringen  
Geschäftsführer: Helmut Heuing, Horstmar  
helmut.heuing@kreis-steinfurt.de  
heike.wildemann@kreis-steinfurt.de  
Verfasser Info-Brief: Guido Mieske

Bankverbindung:  
Europa-Union, KV Steinfurt  
Kreissparkasse Steinfurt  
BLZ: 403510 060  
Kto.-Nr.: 544270